



Geschäftsführung Unterausschuss Stellenplan

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax : (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 20.09.2018

Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Unterausschusses Stellenplan vom 20.09.2018

öffentlich

2.1 Stellenplan für das Jahr 2019 2659/2018

Frau Engel stellt die der Vorlage als Anlage 2 beigegefügte Stellungnahme mündlich vor.

Für das Management bestehe das Ziel, bis Ende des Jahres die Zielmarke von 50% Frauenanteil zu erreichen. Aktuell beträgt der Frauenanteil in diesem Bereich allerdings 39% und bleibt auch mit dem Stellenplan und damit verbundenen Höherbewertungen von Stellen unverändert. Das Ziel werde folglich nicht erreicht.

Unabhängig davon habe man einen differenzierten Blick auf die einzelnen Laufbahnen gelegt bzw. klassischerweise auf den mittleren, den gehobenen und den höheren Dienst. Positiv sei dabei der Frauenanteil im gehobenen Dienst von 60% aufgefallen. Die Anzahl der neubewerteten Stellen zugunsten von Frauen beträgt 76%.

Für den mittleren Dienst sehe dies allerdings anders aus.

Im höheren Dienst wiederum liegt der Frauenanteil bei 53%. Im Ergebnis profitieren im höheren Dienst 11 Frauen und 10 Männer vom Stellenplan. Dies sei ein ausgewogenes Verhältnis, reiche zur Zielerreichung allerdings nicht aus. Daher appelliert sie an die Verwaltung, die bestehenden und die noch entstehenden Vakanzen im Sinne der Frauenförderung zu nutzen.

MdR Richter bedankt sich bei Frau Engel für ihre Ausführungen.

Er erkundigt sich nach ihrer Einschätzung, woran es liegen kann, dass die Ziele in einzelnen Segmenten noch nicht erreicht sind.

In Bezug auf den demographischen Wandel möchte er wissen, ob bei den bevorstehenden personellen Ausscheidungen mehr Männer oder mehr Frauen betroffen sind.

Frau Engel geht davon aus, dass in den nächsten Jahren mehr Männer als Frauen in den Ruhestand gehen und sich dadurch Chancen für die Frauenförderung bieten. Sie betont, dass bei der Ausschreibung von höherwertigen Positionen ein transparentes Verfahren sowie die gezielte Ansprache von Frauen sehr wichtig sind.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bezieht Stellung zur Vorlage.

Aus seiner Sicht werde mit dem Vorschlag der Verwaltung, insgesamt 299,80 Mehrstellen in der Kernverwaltung zuzusetzen, ein gutes Maß zwischen den Wachstumsanforderungen und dem Personalbudget der Stadt Köln erreicht.

Er berichtet, dass im Zuge der Vorbereitung des Stellenplans ein sehr konstruktiver Gesprächsprozess innerhalb der Verwaltung stattgefunden hat und intensive Diskussionen zwischen der Personalverwaltung und den Fachdienststellen geführt worden sind. Dieses Verfahren sei von allen beteiligten Dezernaten und Dienststellen sehr anerkannt worden. Er spricht den Fachkolleginnen und Fachkollegen in den Dezernaten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Personal- und Verwaltungsmanagements seinen herzlichen Dank aus. Nach dem neuen Haushaltsaufstellungsverfahren werde das Ziel verfolgt, dass zu Beginn eines Kalenderjahres ein genehmigter Haushalt vorliegt. Dieses Ziel habe die Anforderungen an die Personalverwaltung hinsichtlich der zeitlichen Abläufe erhöht. Er lobt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Personal- und Verwaltungsmanagements nichtsdestotrotz in kurzer Zeit hervorragende Arbeit geleistet haben und die vorliegende Beschlussvorlage den Gremien nun rechtzeitig vorliegt.

Er weist darauf hin, dass die Verwaltung im Zusammenhang mit den Stellenzusetzungen gezielt Schwerpunkte gesetzt hat. Beispielsweise sei das Themenfeld „Digitalisierung“ gestärkt worden. Gleiches gelte auch für einzelne strategische Leitprojekte, u. a. „Qualität im Rechnungswesen“ und „Köln aufräumen“, Umsetzung des Gestaltungshandbuchs. Ein weiterer Schwerpunkt sei der Kulturbereich. Hier werden die Museen mit insgesamt 10 Mehrstellen gestärkt. Ferner werde im Bereich der Verkehrstechnik ein Schwerpunkt gesetzt, da dieser Bereich für die Zukunftsfähigkeit der Stadt von enormer Bedeutung ist. Daher werden beispielsweise 16 Mehrstellen für den Bau von Lichtsignalanlagen sowie weitere 8 Mehrstellen für die Einrichtung der Tunnel- und Verkehrsleitzentrale zugesetzt. Für das Verbundprojekt zur Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen werden insgesamt 11 Mehrstellen in verschiedenen Dienststellen zugesetzt. Auch im Bereich Integration und für die Umsetzung des Projektes „Bleibereichtsperspektive für langjährig geduldete Menschen“ werden einige Stellen zugesetzt.

Abschließend wiederholt er, dass die Verwaltung insgesamt deutliche thematische Schwerpunkte gesetzt hat, die den inhaltlichen Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht werden.

MdR Tokyürek entschuldigt Herrn Sauer, den sie in der heutigen Sitzung vertritt.

Sie trägt die folgenden Fragen ihrer Fraktion vor *[die Fragen wurden anschließend schriftlich zur Niederschrift gereicht]*:

- 1.) Sie zitiert die auf Seite 3 der Anlage der Vorlage aufgeführte Aussage der Verwaltung, dass die Anträge auf Mehrstellen einer stringenten Prüfung unterzogen worden sind.
Sie möchte wissen, wie viele Anträge in welchen Dienststellen gestellt und warum diese im Einzelnen abgelehnt worden sind.
- 2.) Sie zitiert die auf Seite 5 der Anlage der Vorlage aufgeführte Aussage der Verwaltung, dass den Neubewertungen in der Regel Stellenprüfungen zugrunde liegen, bei denen die vor Ort auszuübenden Tätigkeiten überprüft und bewertet wurden.
Sie möchte wissen, wie eine solche Überprüfung konkret aussieht.
Beim Bund und anderen öffentlichen Arbeitgebern wird eine solche Bewertung in der Form erledigt, dass eine Arbeitsplatzbeschreibung gefertigt wird, und

sodann eine Arbeitsplatzbewertung durchgeführt wird, bei der die Arbeitsvorgänge gebildet und bewertet werden – diese Bewertung (mit der Arbeitsplatzbeschreibung, den gebildeten Arbeitsvorgängen und der entsprechenden tarifrechtlichen Bewertung) wird schließlich dokumentiert und dem Beschäftigten und der Dienststelle ausgehändigt und, sofern ein entsprechendes Mitbestimmungsverfahren nach LPVG mit der Personalvertretung erforderlich ist, der Personalvertretung vorgelegt.

Sie bittet die Verwaltung darum, an einer konkreten Stelle das konkrete Vorgehen zu erläutern und eine beispielhafte Tätigkeitsbewertung bzw. Arbeitsplatzbewertung aus dem Tarif- (nach TVöD VKA, EGO) und eine aus dem Beamtenrecht (nach KGST Gutachten) vorzulegen.

3.) Sie bezieht sich auf Seite 12 der Anlage der Vorlage. Hier werden die zugesetzten Mehrstellen im Personal- und Verwaltungsmanagement aufgeführt. Sie spricht die Situation im Personal- und Verwaltungsmanagement an.

Sie möchte wissen, ob diese Stellen vor dem Hintergrund der wachsenden Bedarfe in dem Bereich tatsächlich ausreichend sind. Außerdem möchte sie wissen, wie es aktuell im Personalamt mit der Besetzungsquote der Stellen aussieht und ob hier zusätzlich schon einige Stellen aus dem Personalreserveplan eingeflossen sind.

4.) Sie bezieht sich auf Seite 14 der Anlage der Vorlage. Hier werden die zugesetzten Mehrstellen bei der Feuerwehr Köln aufgeführt. Sie spricht die hohe Belastung im Rettungsdienst an und möchte wissen, warum keine Stellen für Notfallsanitäter eingerichtet werden, die zusätzlich ausschließlich im Bereich Rettungsdienst Entlastung schaffen können.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller ergreift das Wort und sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen bis zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 zu. Nichtsdestotrotz möchte er zu einzelnen Fragen bereits jetzt Stellung nehmen:

zu 1.) Insgesamt seien 623 Mehrstellen beantragt worden. Von diesen sollen nun 299,80 zugesetzt werden. Im Vergleich dazu seien im vergangenen Jahr knapp 1.300 Mehrstellen beantragt und letztendlich rund 600 Mehrstellen beschlossen worden.

Von den nun ursprünglich 623 gestellten Anträgen bzw. vorgelegten Anmeldungen seien insgesamt 485 entschieden worden und davon, wie bereits bekannt, 299,80 positiv. 115 Anträge seien dadurch realisiert worden, dass sie durch Vakanzen abgedeckt werden. Letztendlich seien lediglich 70 Anträge negativ beschieden worden. Demnach verbleibe ein Delta von knapp 140 Stellen. Diese wurden zurückgestellt, weil beispielsweise die Dienststellen keine ausreichende Begründung vorgelegt haben oder davon abgerückt sind, den Antrag aufrecht zu erhalten bzw. ihn zurückgezogen haben.

Er betont, dass dies das übliche Verfahren sei. Die Stellenplanvorlage sei stichtagsbezogen. Es könne daher durchaus sein, dass die Anträge auf Mehrstellen, die jetzt noch nicht beschieden worden sind, ggf. unterjährig realisieren werden müssen, sollten sich die Bedarfe als berechtigt herausstellen.

zu 3.) Aus seiner Sicht sei das Personal- und Verwaltungsmanagement mit der personellen Ausstattung, die die Stellenplanvorlage vorsieht, arbeitsfähig. Man sei allerdings grundsätzlich darauf angewiesen, die Vakanzenquote deutlich reduzieren. Geringfügig habe man sie bereits senken können, sie liege aktuell allerdings immer

noch bei knapp 25%. An der Besetzung der vakanten Stellen werde mit Hochdruck gearbeitet.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Stadtdirektor Dr. Keller für die Ausführungen.

MdR Richter spricht die Vorgespräche an, die im Vorfeld der heutigen Sitzung geführt worden sind, und trägt folgende Aspekte bzw. Nachfragen vor:

- 1.) Bis zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 möchte er wissen, wie viele Stellen vom jetzigen Stellenplan aktuell unbesetzt sind.
- 2.) Er gehe davon aus, dass ebenfalls zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 die schriftliche Stellungnahme des Personalrates vorliegt. Dies sei in der Vergangenheit auch so gehandhabt worden.
- 3.) Er bezieht sich auf den demographischen Wandel. Die hohe Ausbildungsquote der Stadt Köln sei erfreulich und eine wichtige Maßnahme. Daher möchte seine Fraktion wissen, ob der Ausbildungsbereich personell verstärkt wurde oder wird. Hintergrund sei, möglichst viele Auszubildende erfolgreich auszubilden und Abbrüche zu vermeiden. Nach seiner Erinnerung biete der LVR ein breiteres Betreuungsspektrum bzw. Coaching für Auszubildende an, auch im Hinblick auf Prüfungsvorbereitungen. Aus seiner Sicht sollte daher auch die Stadt Köln ihren Blick auf die Nachfrage richten und diesen Bereich stärken.
- 4.) Er bittet die Verwaltung darum, bis zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 den Stellenbesetzungsstand bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln darzulegen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller nimmt zu den von MdR Richter angesprochenen Punkten Stellung:

zu 1.) Er verweist auf die Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend „Fachkräftemangel in der Verwaltung“ [Session-Nr.: AN/1300/2018] zur AVR-Sitzung am 17.09.2018. Der Beantwortung könne die Gesamtanzahl der Vakanzten entnommen werden. Sie ist für die AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 vorgesehen.

zu 4.) Er teilt mit, dass sich die Angelegenheit bzw. die Beantwortung der Nachfragen, die in der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 17.09.2018 gestellt worden sind, zurzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung befindet und zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 vorliegen wird.

zu 3.) Er teilt mit, dass das Personal- und Verwaltungsmanagement bzw. der Ausbildungsbereich aus seiner Sicht ordentlich aufgestellt seien. Die Vakanzquote in diesem Bereich sei im Vergleich zum Rest des Amtes unterdurchschnittlich. Die Engpässe im Bereich der Ausbildung bestehen weniger im Personal- und Verwaltungsmanagement, sondern eher in den Fachdienststellen. Es sei immer wieder eine Herausforderung, Ausbildungsplätze in den Fachdienststellen zu generieren. Einerseits spiele hierbei die räumliche Komponente eine Rolle und andererseits müssen Kolleginnen und Kollegen gefunden werden, die sich als Ausbilderinnen und Ausbilder zur Verfügung stellen. Daher werde auch bereits bei denjenigen, die nach der Ausbildung im gehobenen Dienst als Beamtinnen und Beamte auf Probe eingestellt werden, dafür geworden, sich als Ausbilderinnen und Ausbilder zur Verfügung zu

stellen. Unabhängig davon müsse man sich auch die Frage stellen, wie bei den Ausbildungseinrichtungen, beispielsweise dem Rheinischen Studieninstitut und der FHöV, hinsichtlich der Kapazitäten nachgesteuert werden kann.

zu 2.) In Bezug auf die Stellungnahme der Personalvertretung verweist er an Herrn Dicken.

Herr Dicken ergreift das Wort.

Er berichtet, dass die Personalvertretung im Rahmen der Aufstellung des Stellenplanes angehört wurde. Am 17.09.2018 habe ein Gespräch mit der Verwaltung stattgefunden. Die gestellten Nachfragen der Personalvertretung zur Stellenplanvorlage seien beantwortet worden. Bereits gestern habe die Verwaltung der Personalvertretung die Gesprächsniederschrift zur Verfügung gestellt.

Die Personalvertretung bemängelt, dass die Stellenbesetzungsquote weiterhin sinkt, wisse aber um das Problem: Obwohl die Anzahl der Beschäftigten der Stadt Köln kontinuierlich steigt, falle die Stellenbesetzungsquote stetig. Hintergrund sei, dass immer mehr Stellen zugesetzt werden, aber aufgrund des demographischen Wandels auch immer mehr Personen altersbedingt ausscheiden als letztendlich eingestellt werden können. Dies wiederum löse Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Daher werde mit der Verwaltung auch oft darüber diskutiert, welche Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergriffen werden können. In diesem Zusammenhang wäre u. a. auch eine Dienstvereinbarung „Überlastung“ aus seiner Sicht sinnvoll.

Seiner Erinnerung nach sei die Anzahl der vakanten Stellen im vergangenen Jahr um 2,8% gestiegen. Die Stellenbesetzungsquote betrage nach seinem Kenntnisstand aktuell rund 84%, bei etwa 18.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liege die Anzahl der vakanten Stellen demnach bei über 2.000 Stellen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller entgegnet, dass die aktuelle Anzahl der vakanten Stellen deutlich unter 2.000 liegt. Stattdessen habe es im Jahresmittel ungefähr 1.500 vakante Stellen gegeben.

Er bestätigt, dass der Bestand des Stammpersonals in den letzten Jahren ständig zugenommen hat, die Vakanzquote allerdings ebenfalls gestiegen sei. Dies sei aus seiner Sicht immer ein Indiz dafür, dass es eine Diskrepanz zwischen den Stellenzusetzungen und den tatsächlichen Stellenbesetzungen gibt. Aus seiner Sicht mache es keinen Sinn, Stellen zuzusetzen in dem Wissen, diese aus unterschiedlichen Gründen jedoch nicht besetzen zu können. Dies liege dann nicht an dem Stellenbesetzungsverfahren o. ä., sondern daran, dass der Markt sehr begrenzt ist. Daher plädiere er dafür, dass auch möglichst nur die Stellen zugesetzt werden, bei denen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass hierfür auch entsprechendes Personal rekrutiert werden kann.

Bekanntermaßen müsse die Stadt Köln ihre Anstrengungen im Bereich Rekrutierung verstärken. Hier seien insbesondere Marketing-, Personalgewinnungs- und Personalerhaltungsmaßnahmen gefordert. An diesen werde bereits gearbeitet, um in den nächsten Jahren deutlich bessere Ergebnisse in diesem Zusammenhang zu erzielen.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass die Stellenzusetzungen aus Sicht seiner Fraktion sehr ausgewogen seien und die Schwerpunkte die Themen widerspiegeln, die den tatsächlichen Bedarfen der Stadt entsprechen. Bezogen auf die neue Verkehrsleitzentrale und den neuen Verkehrsrechner sei es nur konsequent, wenn in diesen Bereichen Zusetzungen erfolgen, da ansonsten die neugewonnene Infrastruktur nicht nutzbar wäre.

Klärungsbedarf, der möglichst bis zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 geklärt werden sollte, bestehe allerdings in Bezug auf das Thema Museen. Er merkt an, dass es sich bei den Stellen, die im Bereich der Museen zugesetzt werden sollen, überwiegend um Stellen im Verwaltungsbereich handle. Das strategische Leitprojekt „Museen, Menschen, Medien - neue Strategien für den Standort Köln“ sei nicht sehr transparent dargestellt. Auch werde nicht erläutert, für welche Aufgaben die Stellen herangezogen werden sollen. Aus seiner Sicht sollte sachlich erläutert werden, wofür welche Stellen tatsächlich erforderlich sind.

Lobenswert sei aus Sicht seiner Fraktion, Schwerpunkte im Bereich der Integrationskurse und der Umsetzung des Projektes „Bleibereichtsperspektive für langjährig geduldete Menschen“ zu setzen.

Er möchte bis zur AVR-Sondersitzung am 24.09.2018 in Bezug auf die 299,80 vorgeschlagenen Stellenzusetzungen wissen, wie viele Stellen davon refinanziert werden, beispielsweise durch Landes-, Bundes- oder EU-Programme.

Er betont, dass die Hinweise der Gleichstellungsbeauftragten ernst zu nehmen seien und dass an der Frauenförderung entsprechend gearbeitet werden müsse. Gleichwohl sei es erfreulich, dass von den Höhergruppierungen bzw. Beförderungen insgesamt ein Anteil von 68% Frauen und 32% Männer Berücksichtigung findet. Er bittet die Verwaltung, in einer der nächsten AVR-Sitzungen einen Benchmark vorzulegen. Auch wenn das Ziel bislang nicht erreicht werden könne, scheine die Stadt Köln in diesem Zusammenhang dennoch einigermaßen gut aufgestellt zu sein. Seine Fraktion möchte daher gerne wissen, wo genau die Stadt Köln mit ihren Bestrebungen aktuell steht. Er lobt die Verwaltung, dass an diesem Thema konsequent gearbeitet wird.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller antwortet, dass es sich bei 40 der 299,80 zugesetzten Stellen um refinanzierte Stellen unterschiedlicher Art handle. Ferner werden weitere 43 Stellen nach den verwaltungsinternen Regeln kompensiert. Dies bedeute, dass die Dienststellen nachgewiesen haben, dass durch die Zusetzungen an anderer Stelle Sachmittel eingespart werden und dadurch eine finanzielle Kompensation aus dem Haushalt erfolgt.

Bezogen auf die Nachfrage der Zusetzung von Stellen im Verwaltungsbereich der Museen erläutert er, dass die Zusetzung jener Verwaltungsstellen in Abstimmung mit den Museumsdirektoren und Institutsleitern beraten worden sei und somit den gemeinsamen Anforderungen entspreche. Es hätte zwar auch noch weitergehende Wünsche der Museumsdirektoren und Institutsleiter gegeben, jedoch sei es zunächst Aufgabe der Verwaltungsstellen eine strategische Weiterentwicklung im Hinblick auf den Kulturstandort Köln zu erarbeiten. Insofern sei dies ein Schritt in die richtige Richtung.

MdR Dr. Krupp bedankt sich bei Herrn Stadtdirektor Dr. Keller für die Ausführungen und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.